

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

224 (25.9.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 90 S., 1/2jährl. 2,70 M., Dugeteilt durch unsere Träger 1 M., bezw. 8 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durchd. Feldpost 1,06 M. bezw. 3,06 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 2 S. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Verständigungsfriede oder Krieg ohne Ende?

Mitbürger! Parteigenossen!

Seit Wochen und Monaten ist eine zügellose Agitation im Gange, um einen baldigen Friedensschluss, den der deutsche Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als möglich und wahrhabeinlich bezeichnet haben, mit allen Kräften zu hinterreiben. Nach drei Jahren eines Krieges, der wie kein zweiter ein Uebermaß von Leiden und Weh über die ganze zivilisierte Welt gebracht hat, magt es eine kleine, aber geräuschvoll und annähernd auftretende Gruppe, dem deutschen Volke zuzumuten, daß es für phantastische Eroberungspläne und unmögliche Welt herrschaftsziele den Krieg auf unabsehbare Zeit und zu einem ungewissen Ende fortsetze. Diese kleine Gruppe tritt unter den verschiedensten Namen, in den mannigfaltigsten Gewändern auf; bald im Rahmen einer politischen Partei, bald bezeichnet sie sich als „Unabhängiger Ausschuss für einen deutschen Frieden“, bald als „Ausschuss zur raschen Niederkämpfung Englands“, neuerdings hat sie auch eine besondere Partei ins Leben gerufen, die „Deutsche Vaterlandspartei“, aber hinter all dem steckt immer wieder derselbe Kreis von Menschen, der seit Jahren bekannt ist unter dem Namen der Alldeutschen.

Wer sind die Alldeutschen?

Die Alldeutschen sind die markantesten Vertreter des deutschen Imperialismus. Ihr besonderes Kennzeichen ist die Verherrlichung und Anbetung der nackten Gewalt und der brutalen Zucht, die ihnen als die einzigen weltbewegenden Kräfte erscheinen. Das gilt nach außen wie nach innen hin. Nach außen erstreben sie eine möglichst weite Ausdehnung des Deutschen Reiches über seine jetzigen Grenzen hinaus, die Unterwerfung und Angliederung benachbarter Länder sowie den Erwerb möglichst umfangreicher Kolonialgebiete. Nach innen wollen sie mit derselben brutalen Gewalt die aufstrebenden arbeitenden Klassen und die Demokratie niederhalten. Ihr lärmendes Gebaren und Auftreten hat namentlich dazu beigetragen, in der übrigen Welt die Vorurteile und das Mißtrauen gegen das deutsche Volk zu säen, die sich jetzt so bitter an uns gerächt haben. Denn das Ausland konnte bei dem großspürigen Auftreten der Alldeutschen nicht erkennen, was wir wissen, daß in Wirklichkeit nur eine verächtliche Minderheit des deutschen Volkes hinter den Alldeutschen steht.

Auch jetzt während des Krieges wendet sich die große Masse des deutschen Volkes von den alldeutschen Kreisen ab. Die hinter den Alldeutschen stehen, sind an Zahl gering, an Einfluß freilich mächtig. Abgesehen von einigen weltfremden Ideologen, Schulprofessoren und pensionierten Militärs, sehen wir bei den Alldeutschen hauptsächlich die Kreise, denen der Krieg große Gewinne in den Schoß geworfen hat und die auch bei längerer Fortdauer des Krieges nicht um ihre wirtschaftliche Existenz zu fürchten brauchen, vor allem die Kreise der schweren Industrie und des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Sie speisen die Bewegung auch aus unerlöblichen Geldquellen, kaufen in Massen bisher unabhängige Zeitungen auf und verwandeln sie in ihre Propagandaorgane, sie haben auch die neue „Deutsche Vaterlandspartei“ finanziert und ermöglichen ihr eine Agitation nach amerikanischem Muster.

Die Kriegsziele der Alldeutschen.

Jedermann in Deutschland weiß, daß ein baldiger Frieden nur möglich ist, wenn Deutschland sich mit seinen Gegnern verständigt. Selbstverständlich will niemand in Deutschland einen Frieden, der Deutschlands Ehre, Unabhängigkeit oder wirtschaftliche Existenz antastet. Das gilt namentlich auch von der deutschen Sozialdemokratie. Jede gegenteilige Behauptung ist eine Verleumdung. Aber andererseits ist vollkommen klar, daß es eine endlose Verlängerung des Krieges bedeuten würde, wenn Deutschland darauf ausginge, fremdes Land zu erobern, andere Völker zu unterwerfen oder eine hohe Kriegsschädigung von den Gegnern einzuheimen. Denn ebenso wie das deutsche Volk sich mit dem Aufgebot aller Kräfte gegen derartige Zumutungen seiner Gegner wehrt, würden sich diese bis zum äußersten und letzten verteidigen, ehe sie auf derart demütigende Bedingungen eingingen.

Eroberungen und Entschädigungen fordern, heißt also, den Krieg bis ins Endlose verlängern.

Das aber ist das Ziel der Alldeutschen. Eins ihrer hervorragendsten Mitglieder Graf von Helldorf, Generalleutnant a. D., Mitglied des preußischen Herrenhauses, hat es in einer alldeutschen Korrespondenz am 22. August 1917 in folgenden schneidenden Divisionsbefehl formuliert:

Keine Verständigung, keine Verhandlung, keine Friedenskonferenz, sondern nur völliger Sieg, völliges Nieder schlagen aller Gegner und dann: jedem einzelnen den Frieden diktiert, den wir ihm bewilligen können und — wollen.

Also zunächst die Gegner völlig nieder schlagen! Aber das ist auf dem Papier leichter getan wie in der Wirklichkeit. Deutschland müßte danach zunächst einen Sieg erringen, durch den England, Frankreich, Rußland, Italien, die Vereinigten Staaten, Japan, China, Brasilien usw. völlig auf die Knie geworfen werden. Wie stellt sich Graf Helldorf diesen Sieg vor? Wie stellt er sich namentlich den Sieg vor, der es uns ermöglichen soll, Japan oder den Vereinigten Staaten den Frieden zu diktiert? Trostlos hören die Alldeutschen nicht auf, den dicht vor der Tür liegenden „Endsieg“ zu prophezeien. Jeder, der an dieser Prophezeiung zweifelt und mit ruhigen Kopf die Tatsachen prüft, wird von ihnen in der maßlosesten Weise als „Stammesverräter“, „Feigling“ usw. beschimpft.

Wie steht es aber mit der Zuverlässigkeit alldeutscher Prophezeiungen?

Schon ein dutzendmal haben sie uns den völligen Zusammenbruch der Gegner in ganz kurzer Zeit prophezeit. Bis her aber ist keine dieser Prophezeiungen eingetroffen. Nur ein paar Beispiele dafür: Im Juni erklärte der alldeutsche-konservative Führer Graf v. Helldorf auf einer Versammlung in Weimar, von ganz zuverlässiger Seite gehört zu haben, daß England binnen zwei Monaten völlig erledigt sein würde. Seitdem ist mehr als die doppelte Zeit vergangen, England ist noch nicht niedergeworfen. Wenige Zeit später aber, im August 1917, prophezeite der Fürst Salmer-Horsmar auf einer Dortmund-Flottenvereinigung,

„nur noch wenige Monate gilt es auszuhalten und unsere Feinde liegen vollständig zerstückert am Boden“.

Seitdem ist nun auch längere Zeit vergangen, aber es macht sich noch kein Anzeichen für die „völlige Zerstückertung unserer Feinde“ bemerkbar.

Die Alldeutschen und der Reichstag.

Der Deutsche Reichstag hat am 19. Juli 1917 sich mit großer Mehrheit auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt. Er hat der Willensmeinung des deutschen Volkes durch Annahme einer Resolution Ausdruck gegeben, welche ausdrücklich Eroberungen und Vergewaltigungen fremder Völker ablehnt.

Nur die alldeutschen Eroberungspolitiker und ihre Helfer aus der von der sozialdemokratischen Partei abgesplitterten unabhängigen Sozialdemokratie stimmten dagegen. In ihrer Antwort auf die Popinote hat die deutsche Regierung bezeugt, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen des Volkes und der Friedensfundgebung des Reichstages vom 19. Juli brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Kaum hatte der Reichstag die erwähnte Resolution gefaßt, als die Alldeutschen mit den maßlosesten Beschimpfungen über die Reichstagsmehrheit herfielen. Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, deren Vertreter ein wesentliches Verdienst daran haben, daß die Friedensresolution des Reichstages zustande kam, wurde in der unflätigsten Weise angegriffen. Ausdrücke wie „Schmachresolution“, „Bankrottresolution“, „Friedensgewinnel“, „narratistischer Zusammenbruch“, waren noch das geringste. Die „Deutsche Tageszeitung“ warf der Reichstagsmehrheit „Verrot am Vaterlande“ vor, und der schon genannte Fürst Salmer-Horsmar bezeichnete die Mitglieder der Mehrheit als „Landesverräter“. Bei der Gründung eines Landesvereins der „Deutschen Vaterlandspartei“ für Westpreußen wurde der Reichstag von dem Hauptredner, Generallandwirtschaftsdirektor Meyer-Rottmann-Sdorf, sogar als eine „Judenanstalt“ bezeichnet.

So beschimpfen angebliche deutsche Patrioten die Vertretung des deutschen Volkes. In ihrer Wut über den Reichstagsbeschluß stellen sie die Behauptung auf, daß hinter der Reichstagsmehrheit nicht die Mehrheit des deutschen Volkes stünde. Dabei stehen hinter den Parteien, welche die Verständigungsresolution angenommen haben, etwa vier- bis fünfmal soviel Wählerstimmen als hinter den Parteien der Alldeutschen!

Der alldeutsche Patriotismus.

Bei jeder Gelegenheit stellen sich die Alldeutschen so hin, als wären sie die alleinigen Freunde des Vaterlandes und des deutschen Volkes. Um diese Behauptung zu erhärten, schreien sie auch vor den niedrigsten Verdächtigungen ihrer Gegner nicht zurück. So wird in den „Alldeutschen Blättern“ den Vertretern der Reichstagsmehrheit fortgesetzt nachgelacht, daß sie die Erfolge der deutschen Waffen nicht wünschen, daß z. B. die Einnahme von Riga für sie ein „schwerer Schlag“ gewesen sei, gleich als ob die Anhänger des Verständigungsfriedens es auf die deutsche Niederlage abgesehen hätten.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dies eine bodenlose Unterstellung ist. Die Anhänger des Verständigungsfriedens wissen sehr wohl, daß ohne die Erfolge der deutschen Waffen Deutschland sich nicht gegen die mehr als sechsfache Uebermacht einer Feinde behaupten könnte. Die deutschen Siege tragen dazu bei, unsere Gegner zu überzeugen, daß sie Deutschland nicht bewältigen können und wirken so zur schnelleren Herbeiführung einer Verständigung, — wenn man nicht, wie die Alldeutschen es tun, sich nach jedem Sieg in einen Eroberungsrausch hineinphantasieren. Wer freilich nach der Verteilung jeder Stadt und jeder Provinz sofort in den Ruf ausbricht: „Das geben wir nicht wieder heraus!“, der treibt die Feinde zum äußersten verzweifeltsten Widerstand.

Auf wie schwachen Füßen aber der Patriotismus der Alldeutschen steht, sobald ihre Wünsche nicht erfüllt werden, zeigen Drohungen aus ihren Reihen. Der alldeutsche Professor Noethe schrieb zu der Reichstagsresolution aus dem Felde: „Wenn unsere Politiker so zu Hause sich hanteln — zur Freude unserer Feinde — dann mag meinetwegen alles kaputt gehen, für ein so neuorientiertes Deutschland mag ich mich nicht mehr.“

Also Militärstreik, das ist die Drohung dieser Patrioten, wenn es nicht in Deutschland nach ihren Wünschen geht.

Alldeutsche Methode.

Um die Anhänger des Verständigungsfriedens in Mißachtung zu bringen, scheuen die Alldeutschen auch vor den verzweifeltsten Mitteln nicht zurück. Man bezeichnet die Freunde der Verständigung von alldeutscher Seite als „Landesverräter“ und „Agenten des feindlichen Auslandes“. Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, welche die unerlöblichsten Vorkämpferin des Verständigungsfriedens in Deutschland ist, wird von den Alldeutschen fast täglich in dieser Weise beschimpft. Beispiele dafür sind zahllos. So brachte die alldeutsche Presse das Gerücht auf, Scheidemann sei verhaftet worden, weil ihm nachgediehen sei, er habe als feindlicher Agent im englischen Solde. Die „Tägliche Rundschau“ warf im August dem „Vorwärts“, weil er sich einer objektiven Schreibweise befleißigte, vor, er schreibe „in Wahrnehmung englischer Interessen“.

Auch sonst greift man, wenn es nicht weiter geht, zu den gewagtesten Mitteln. So bringt die alldeutsche Presse andauernd Bziate aus dem „Vorwärts“ und anderen sozialdemokratischen Blättern, die nie darin gestanden haben, sie erfindet angebliche Aussprüche Bismarcks und Unterredungen mit ausländischen Personen, die den Stempel der Erfindung an der Stirn tragen und deren Unwahrheit sich schon in zahlreichen Fällen dadurch offenbart hat, daß die faulernen Verfasser nicht einmal geschickt erfinden konnten und Dinge hereinbrachten, durch die die Fälschung sich selber als solche entlarvte.

Warum das alles?

Mit solchen verzweifeltsten Mitteln kämpfen die Alldeutschen, um den Blick des deutschen Volkes von der Wahrheit abzulenken. Was ist die Wahrheit?

Daß bei allseitigen Verständigungswillen der Völker ein baldiger Friede möglich ist, während bei ungehemmter Eroberungslust der Krieg fortgesetzt werden muß, bis die allgemeine völlige Erschöpfung ihm von selber Einhalt gebietet. Die Verfolgung des alldeutschen Programms bedeutet einen Selbstmord der europäischen Kultur, denn nach einem solchen Zusammenbruch würde ein Aufbau Europas kaum in hundert Jahren wieder möglich sein.

Die Alldeutschen freilich behaupten, Deutschland müsse verkümmern, wenn es nicht all das erbeute, was sie als Eroberungsziele bezeichnen. Land in Ost und West und eine Kriegsschädigung. Sie malen uns grobe Bilder aus, was Deutschland bei Durchführung dieser Eroberungen alles besitzen würde und nicht besitzen würde bei einem Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Aber sie vergessen, uns die Schädelspyramide zu malen, die sich noch aufhäufen müßte bis zur Erreichung dieser Ziele, — welche sie überhaupt zu erreichen sind.

Soll wirklich für diese bögen Ausichten der Krieg ins Unendliche verlängert werden? Das Volk ist des Mordens satt, es verlangt einen baldigen Frieden und verlangt, daß dieser geschlossen werde, sobald Deutschlands Existenz gesichert ist.

Wer für die alldeutschen Ziele eintritt, der tritt für Kriegsverlängerung und neue maßlose Leiden ein. Er leidet auch künftigen Kriegen Vorwärts. Denn ein Versöhnungsfrieden, wie ihn die Alldeutschen predigen, würde die Gegner zu neuen Nebankkriegen gegen Deutschland aufwickeln.

Wer einen baldigen Frieden der Verständigung will, einen Frieden, der allein Aussicht auf Dauer gewährt, der kämpfe mit für diese Ziele in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin, den 23. September 1917.

Der Vorstand der Sozialdem. Partei Deutschlands.

Vom Krieg. Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 24. Sept. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern erreichte der Artilleriekampf nachmittags an der Küste und vom Walde von Gouthoulst bis Westhoek wieder große Stärke. In der Schlachtfront blieb die Kampftätigkeit auch nachts und am frühen Morgen gesteigert, ohne daß neue englische Angriffe erfolgten. Gute Wirkung unserer artilleristischen Abwehr ließ sich am Verhalten der von uns beschossenen Batterien und an der Vernichtung zahlreicher Munitionskisten feststellen.

Bei Lens und bei St. Quentin, an dessen Kathedrale die Franzosen durch neue Beschädigung ihr Fortschrittsvermögen fortsetzen, lebte die Feuerartillerie auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In mehreren Abschnitten der Aisnefront und der Champagne schwoll mehrfach das Feuer zu größerer Gefährlichkeit an. Bei Erundungsgefechten hatte der Gegner Verluste.

Vor Verdun war der Feuerkampf nachmittags und während der Nacht sehr lebhaft. Auch heute Morgen herrschte rege Gefechtsartillerie auf dem Ostufer der Maas.

14 feindliche Flugzeuge sind abgeschossen worden. Leutnant Wüsthoff errang den 20. Luftsieg, Leutnant Kissenherth brachte zwei Gegner im Luftkampf zum Absturz.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Unter der im Brückenkopf von Jakobstadt eingebrachten Beute von 55 Geschützen befindet sich eine bespannte Batterie und 5 schwere Geschütze von 26-28 Zentimeter-Kaliber. In der Stadt selbst fielen reichliche Vorräte auch an Brot und Mehl in unsere Hände.

Nördlich von Baranowitschi und westlich von Duderkalkale die russische Artillerie lebhaft tätig.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

In den Bergen nordwestlich von Poczani und am Sereth vielfach rege Feuerartillerie und Vorfeldgefechte. Bahnhof Galatz wurde mit beachtenswertem Erfolg beschossen.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 24. Sept., abends. (Amtlich.) Lebhaftes Gefechtsartillerie in Flandern und auf dem Ostufer der Maas. Im Osten nichts von Belang.

Ein englisches Torpedoboot torpediert.

London, 24. Sept. (W.B. Nicht amtlich.) Die Admiralität teilt mit: Ein englisches Torpedobootzerstörer ist von einem deutschen Unterseeboot in der Einfahrt des Kanals torpediert und versenkt worden. 50 Mann der Besatzung wurden gerettet.

Leutnant Boh tödlich abgestürzt.

Berlin, 24. Sept. (W.B. Nicht amtlich.) Leutnant der Reserve Boh ist im Luftkampf mit seinem 50. Gegner tödlich abgestürzt.

Kann Frankreich noch eine große Offensive auf sich nehmen?

Bern, 23. Sept. Hermann Stegmann schreibt in seiner letzten Kriegslagebetrachtung im „Bund“: Die Frage, ob das heroisch blutende Frankreich noch eine große Offensive auf sich nehmen kann, ist vielleicht brennender als die Notwendigkeit einer Kooperation. Da die schwarzen Truppen nicht mehr lange verwendungsfähig sind, wird man wohl daran denken, der amerikanischen Armee als Rahmen zu dienen, aber zur Klärung dieses Prozesses bedürfte es sehr langer Fristen. Jedenfalls wird Frankreich seine Kräfte nicht mehr durch Abgaben nach Mazedonien oder Italien schwächen dürfen. Zum Schlusse heißt es in der Betrachtung: Die allgemeine Lage wird durch die kommende, jetzt erst in Flandern sichtbar gewordene Herbstoffensive der Entente gekennzeichnet, aber voraussichtlich nicht bestimmt.

Das Stöden der australischen Zukunft.

Haag, 24. Sept. Ueber die Folgen, die der Mangel an Schiffsraum in Australien hat, legt der „Economist“ in einem Artikel folgendes dar: Nach den Verträgen mit der britischen Regierung sollen jeden Monat aus Australien 600 000 Tonnen Weizen geliefert werden. Während des Monats Juni ist aber noch nicht ein Bushel Weizen aus Australien nach Großbritannien gekommen.

Die australischen Lagerhäuser sind bis obenhin mit Weizen gefüllt und auch die Gefrierhäuser stecken voll Fleisch, sodaß die Australier, insbesondere die Farmer, ihre Produkte und ihre Ernte zu Hause behalten müssen. Dazu kommt noch, daß fast gar keine Aussichten für eine Verbesserung der Schiffsfahrtsgelegenheit bestehen. Augenblicklich sind in Australien solche Mengen an Frachttgut der verschiedensten Arten angesammelt, daß sie 15 Dampfer mit Gefriererichtungen und 548 gewöhnliche Frachtdampfer füllen würden. Hunderttausende von Baumwollballen liegen in den Lagerhäusern. Aus der Ernte im Februar dürften nicht weniger als 6 Millionen Tonnen (24 Mill. Bushel) Getreide in Australien festliegen, wozu noch die augenblicklichen Vorräte treten.

Schwere Ausschreitungen in Italien.

Stockholm, 24. Sept. Nach hier eingetroffenen römischen Berichten ist die Gärung infolge der anhaltenden intensiven revolutionären Propaganda in Oberitalien stark im Zunehmen begriffen. Neuerdings brachen auch in Florenz Unruhen aus, die durch Militär unterdrückt werden mußten. Das Kriegsministerium ordnete im Einberufen mit dem Ministerium des Innern die Zusammenziehung von starken zuverlässigen Truppenverbänden an. Diese Truppen wurden am 19. September von einer großen, stark bewaffneten Arbeiterarmee angegriffen. Es entwickelte sich ein blutiges Gefecht. Schließlich wurde der Hafen von Civitavecchia vollständig gesperrt. In Rom wurde der dort angesagte Anarchistenkongress, an dem etwa 2000 Personen teilnehmen wollten, von Polizei und Militär gesprengt, wobei es zu heftigen Zusammenstößen kam. Die Polizei beschlagnahmte eine große Menge Propagandaliteratur, in der unter anderen die gegenwärtigen Vorgänge in Oberitalien als „Revolution“ bezeichnet werden. Die eigentliche Revolution werde im nächsten Monat stattfinden und von elementarer Natur sein. Man will angeblich einem groß angelegten Komplott gegen den König und das gegenwärtige Kabinett auf die Spur gekommen sein. In Rom wurden 26 Anarchisten verhaftet. Auch in Oberitalien halten die Verhaftungen an. In Mailand wurde das Zentralkomitee der Sozialisten und der Führer Mazzini verhaftet. In Genua sind zahlreiche bekannte Sozialisten verhaftet worden.

Große Unruhen in den Vereinigten Staaten.

Kopenhagen, 24. Sept. Die New Yorker Presse meldet aus Washington, daß dort ein außerordentlicher Ministerrat zur Besprechung der kritischen Lage an der Westküste der Vereinigten Staaten zusammentrete. Die Zahl der Streikenden im Industriegebiet des Stillen Ozeans hat sich bereits auf 180 000 erhöht. Es streifen fämliche Schiffsbauer, Eisengießer, Metallarbeiter, Transportarbeiter, Seizer und ein erheblicher Prozentsatz der Seeleute. Die Schifffahrt in den Häfen des Stillen Ozeans ist teilweise lahmgelegt. Der Schiffbau ruht ganz. Die Streikenden veranstalten erregte Demonstrationen und bedrohen nach den Angaben der kriegsindustriellen Presse in ausgiebigster Weise die wirtschaftliche Freiheit. In San Francisco kam es zu sehr schweren Zusammenstößen mit der Miliz, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gegeben haben soll. Die Streikenden lynchten zahlreiche Chinesen, die als Streikbrecher verwendet werden sollten. Die bisherigen Konferenzen zwischen Arbeiter, Arbeitgebern und Regierung in San Francisco sind ergebnislos verlaufen. Man befürchtet den Ausbruch neuer Unruhen. Die Regierung traf Maßnahmen, um neue Revolten zu verhindern. Es heißt, daß sich Wilson die gezielten Unterlagen zur Verhängung des Zustandes des verschärften Schusses über das ganze Gebiet des Stillen Ozeans verschaffen will. Das Flottenbauprogramm der Vereinigten Staaten hat durch den Streik der Werftarbeiter in den Häfen des Stillen Ozeans eine empfindliche Störung erfahren. Das müssen selbst die nationalen Blätter erboht zugeben.

114 200 Millionen Rubel russischer Noten.

St. Petersburg, 24. Sept. (Pet. Tel.-Ag.) Der Ministerrat hat es als ein dringendes Bedürfnis erkannt, der Staatsbank zu einer neuen Ausgabe von Banknoten im Betrage von 2 Milliarden Rubel die Erlaubnis zu erteilen. Seit Kriegsbeginn hat die Staatsbank 114 200 Millionen Rubel Noten ausgegeben dürfen.

Kerenski und Alexejew.

Petersburg, 24. Sept. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Kerenski hat einen Tagesbefehl erlassen, in dem er die hervorragenden Dienste des Generals Alexejew bei der unblutigen Bewegung Kornilows hervorhob und feststellte, daß das kluge und tatkräftige Eingreifen Alexejews die Ordnung und die normale Tätigkeit des großen Generalstabs wieder herstellte. Er erklärt ferner, daß er dem Rücktrittsgesuch Alexejews Folge gebe und ihn zur Verfügung der vorläufigen Regierung stelle, um seine großen Erfahrungen in der Leitung der militärischen Operationen zu verwerten.

Die deutsche Antwortnote an den Papst

Ist ein hochbedeutungsvolles geschichtliches Dokument und bei einem guten Willen auf der Gegenseite geeignet, dem von allen Völkern so heiß ersehnten Frieden die Bahn zu ebnen. Kurz zusammengefaßt besagt die Note, daß die deutsche Regierung

- 1. den päpstlichen Vorschlag als eine geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen anerkennt;
2. daß sie sich auf den Boden der Resolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli d. J. stellt, die sich für einen Frieden der Verständigung ausspricht;
3. sie stimmt dem päpstlichen Vorschlag der allmählichen militärischen Abrüstung und des Schiedsgerichtsverfahrens zwischen den Staaten ausdrücklich zu und hofft;
4. daß sie der Meinung ist, daß auf dieser Grundlage des Rechts und nicht der Macht die einzelnen noch offenen Streitfragen zur Befriedigung aller Völker geregelt werden können.

Im Rahmen dieser Grundzüge lassen sich die in der Papstnote aufgestellten Einzelvorschläge einer befriedigenden Lösung entgegenführen. Daher auch die Wut der Alldeutschen, deren Presse mit der Antwortnote nicht einverstanden ist. Daß die Presse der unabhängigen Sozialdemokratie in daselbe Horn bläst, ist auch nicht weiter verwunderlich. Seitdem die Unabhängigen existieren, ziehen sie am Stränge der Kriegstreiber und Reaktion. Dabei bedeutet die Antwort der deutschen Regierung auf die Papstnote einen Triumph für die Sozialdemokratie. Die deutsche Regierung akzeptiert nicht nur den Gedanken der Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts zur Schlichtung internationaler Konflikte, sie spricht sich auch für die Abrüstung aus. Mit hohlen Kraftsprüchen und Resolutionen wird der Friede nicht erkämpft.

Die französische Presse zur deutschen Antwort auf die Papstnote.

Paris, 24. Sept. (W.B. Nicht amtlich.) Die Pariser Zeitungen stellen einmütig fest, daß die Antworten der Mittelmächte nur Geschwätz und Ungenauigkeiten seien und lediglich den Vorteil haben, den unentwegt festgehaltenen Willen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns darzutun, allen tatsächlichen Fragen aus dem Wege zu gehen. Besonders das vollständige Schweigen über Belgien richte die Dokumente. Die Blätter heben bezüglich der Säge über das Schiedsgericht und die Entwaffnung und bezüglich der Beteiligung an der Friedensliga, die so oft wiederholt worden sei, daß sie zum Geispött geworden sei, hervor, daß Deutschland im Haag alles ablehnte, was zu einer Verständigung unter den Völkern hätte führen können.

Für zahlreiche Blätter, besonders „Excelsior“ und „Petit Parisien“ ist die Antwort ein Triumph des Einflusses der Alldeutschen. „Petit Parisien“ ist ungeduldig, die Haltung des Reichstages kennen zu lernen, in dem die Regierung ihr Spiel treibe.

Die Stellung der italienischen Presse.

W.B. Bern, 24. Sept. (Nicht amtlich.) Die italienische Morgenpresse stimmt in der Besprechung der Antwort der Mittelmächte auf die Note des Papstes darin überein, daß die Mittelmächte das System der Doppelzüngigkeit und der Heuchelei beibehalten hätten.

„Giornale d'Italia“ schreibt: Man kann Männern, die den Begriff von „Fetters Papier“ aufbrachten, und Regierungen, die die Gewalttätigkeiten zum System ausbauen, nicht trauen.

„Messaggero“ schreibt: Deutschland und Oesterreich-Ungarn wollen mit dieser öffentlichen Darlegung ihre Untertanen überzeugen, daß die Kriegsschuld einzig der Entente zuzalle.

„Corriere d'Italia“ sagt: Die Antwort verschweigt wahrscheinlich die Kriegsschuld in der Erwartung einer Abnahme des inneren Widerstandes in den Ententeländern. Die Berliner Diplomaten küssen sich aber. Wir behalten die Verpflichtung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden bei. Wir sind überzeugt, daß Italien heute wie gestern die Pflicht des Widerstandes fühlt.

„Corriere della Sera“ schreibt: Die Mittelmächte haben auf die wichtigsten Punkte in der Papstnote überhaupt nicht geantwortet.

„Popolo d'Italia“ nennt die Antwort ährisch. „Italia“ schreibt: Man hat geglaubt, daß die Antwort der Mittelmächte die Kriegsschuld angeben würde, was wahrscheinlich einen bedeutenden Schritt zum Frieden bedeutet hätte. Aus der Antwort kann man aber leider nichts herauslesen, als eine allgemeine Zustimmung zum päpstlichen Vorschlag.

„Secolo“ schreibt: Niemand hat ernsthaft glauben können, die Mittelmächte würden dem Papst die gemeinsamen Friedensbedingungen bekanntgeben. Die Schriftstücke enthalten aber nur neube Formeln. Deutschland stimmt heute dem Gedanken einer Herabsetzung der Rüstungen und der Schaffung eines Schiedsgerichts bei. Von Kaiser Wilhelm II., Kaiser Karl und dem Reichskanzler Dr. Michaelis ausgesprochen, klingt das aber äußerst grotesk.

Das amerikanische Echo.

New York, 24. Sept. (W.B. Nicht amtlich.) Dem New Yorker Büro zufolge verhält sich die amerikanische Presse gegenüber der Antwort des Kaisers an den Papst einmütig ablehnend.

„Tribune“ bezeichnet die Ausführungen der Antwortnote als heuchlerisch und vermißt eine Befundung von Neuem. Sie fragt, wie es mit Belgien, Polen, Serbien, dem unerlösten Italien und Elbafloßbringen stehe und sagt: Worte seien eitel bis der Kaiser bereit sei, sowohl Wiedergutmachung anzugehen, wie Neu zu zeigen.

„World“ findet in der deutschen und österreichischen Note keine neuen Tatsachen. Jeder Tag bringe neue Beweise von dem verbrecherischen Charakter der gegenwärtigen deutschen Regierung, und da diese weiter bestehe, gebe es keine Grundlage, auf der der Frieden geschlossen und auf der man in Friedensverhandlungen eintreten könnte.

Die nächsten Aufgaben der Partei. Demokratisierung.

Auszug aus dem Referat von Dr. Landsberg.

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wir sehen uns überall in der Welt von einem Ozean von Haß umbrandet. Fast jeder der wenigen noch neutral gebliebenen Staaten leidet ihm mehr oder weniger ständige Ströme zu. Wenn ein Staat nach dem anderen auf die Seite der Entente tritt, obwohl die Art, wie ihr Haupt, England, den Seerrieg führt, mit den schwersten wirtschaftlichen Schäden für alle Neutralen verbunden ist, so kann diese Erscheinung nicht mit der „Allgemeinheit der englischen Vögel“ erklärt werden. Sicher verfolgen die herrschenden Klassen in allen den Staaten, die ihre Neutralität mit der Parteinahme für die Entente verläßt haben, eigenmächtige Eroberungs-

*) Wir beginnen hiermit mit dem Abdruck der Berichte an den Würtzburger Parteitag über den Punkt IV der Tagesordnung desselben: „Die nächsten Aufgaben der Partei.“

Über das die breiten Massen überall ohne Widerstand sich in den Kriegstübel hineingelassen, sie, die immer über alle Geschlagen werden, wenn sich die Staaten bekriegen, ist auf der Erde, das man sich allenthalben von unseren in politischen Zuständen macht und machen kann. Man sieht die ständige und wirtschaftliche Tüchtigkeit des deutschen Volkes, in vergangenheit sich die Zurückgebliebenheit seiner Verfassung, die alle Gewalt in die Hände einer schmalen Schicht und der aus ihr hervorgegangenen Obrigkeit legt, und man ist sich bedroht. Denn man zieht aus der Tatsache, daß eine aufsteigende Volkskraft von einer herrschgewohnten Klasse, deren Pläne man nach zahlreichen aufsehen erregenden aggressiven Überlegungen beurteilt, nach Belieben bewegt werden kann, den Schluß, daß der Volkswille nicht eher gestiftet ist, bis Harmonie zwischen der tatsächlichen Kraft und der politischen Macht des deutschen Volkes besteht. Und ein solches Vorzeichen rückt sich gegen ein Volk, dessen Friedensliebe schon dadurch nachweisbar ist, daß es die stärkste sozialdemokratische Partei ist, und dessen von politischer Klarheit entfernte Schichten bei Wahlen nicht wirksamer zur Stimmgabe für reaktionäre Parteien veranlaßt werden können, als durch das von diesen zu agitatorischen Zwecken beschworene Gespenst eines Krieges? Wir können unter dem Vorzeichen des Hasses der Welt nicht leben, und wir können ihn nur dadurch bannen, daß das deutsche Volk die Bestimmung seines Geschicks selbst in die Hand nimmt.

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wie sollen wir die ungeheuren Verluste an geistiger Kraft, die der Krieg verursacht hat, ersetzen können, wenn die Befestigung der Führerposition der Nation auch weiterhin einer kleinen Volkschicht überlassen bleibt, die sich mit Notwendigkeit als eine dafür nicht ausreichende Basis erweisen muß, und wenn auch in Zukunft wertvolle Kräfte, die man in der Stunde der Not zu wecken und zu nutzen verstanden hat, abgestoßen und zur Verkümmern verurteilt werden? Die Demokratie weiß, daß die Völker der Führer auf dem Wege zur Kultur nicht entraten können. Aber sie hält den Zustand, daß die Anwartschaft auf die Führerstellen auf den Ständesystemen liegt, für unmöglich und darum für unmöglich. Sie weiß, daß, solange Deutschlands bisherige Verfassung bestehen bleibt, an dem System der Bestimmung aus Gründen der Klasse, der Nationalität, der Konfession nichts Wesentliches geändert werden kann. Eine Privilegiertenklasse, die das Heft in Staat in der Hand hat, die sich für den Staat hält, die sich auf das Volk nur bezieht, wenn sie es braucht, wird stets bestrebt sein müssen, die Volksmassen an die Kette zu legen; sie muß ihnen den Aufstieg zur Gleichberechtigung verweigern, weil es sonst mit ihrer Herrschaft vorbei ist. Und der Vorkriegsstaat, der sich mit einer solchen Schicht auf Gedeih und Verderb verbunden hat, muß in daselbe Horn stoßen wie sie. Ueberdauert der Staat, der auf dem politischen Leben Deutschlands lastet, den Krieg, so kommt zu der furchtbaren Gefahr des Hasses der Welt gegen Deutschland die furchtbare hinzu, daß die Massen des deutschen Volkes, die diesen Krieg nicht nur zur Abwehr der äußeren Feinde, sondern auch zur Eroberung der Freiheit in Innern führen, das Interesse am Staat verlieren. Der Staat im Innern würde dem Hass im Auslande Aussicht auf Verwirklichung seiner Ziele machen.

Was braucht das deutsche Volk an Reformen? Wir Sozialdemokraten wissen, daß die volle Demokratie die Befestigung der Massen gegen die zur Voraussetzung hat. Immerhin ist auch im Rahmen dieser Gegenstände ein beträchtliches Maß von Volksgeltung zu erreichen. Die arbeitende Klasse eines Staates, der in seinen Angehörigen Bürger und nicht Untertanen steht, der ihrem friedlichen, gewaltlosen Mittel absehnenden Streben nach Ueberwindung des Prinzip des wirtschaftlichen Individualismus durch das Sozialismus keine Hindernisse bereitet, wird sich als Teil ihres Staates betrachten und ihr Alles daran setzen, zu erhalten und zu fördern. Zu einem solchen Staat, der mit dem ihn bildenden Volk eine Einheit ist, wollen wir Deutschland machen.

In einem Staate, der nichts anderes ist, als das durch die Verfassung organisierte Volk, ist kein Raum für ein persönliches Regiment. Die Politiker der Rechten betonen immer wieder die Notwendigkeit einer starken Monarchie und bezeichnen die Bestrebungen, die auf eine Erweiterung der Volksrechte abzielen, als unversöhnbar mit einer starken Königsgewalt. Eigentümlicherweise zeigt die Geschichte, daß nach jeder preussische Monarch, der eine wirklich kraftvolle Persönlichkeit gewesen ist, schwere Kämpfe mit diesen Vorlämpfern der Monarchie zu führen hatte, deren Verehrung monarchischer Herrschaft danach rein platonisch zu sein scheint.

Es ist nicht wahr, daß starke monarchische Gewalt ein schwaches, an Rechten armes Volk zur Voraussetzung hat. Wirklich stark ist nur der Monarch, der an der Spitze eines freien, mit dem Staat zu einer Einheit verbundenen Volkes steht. Stark ist der Monarch, der die Ministerverantwortlichkeit nicht als Feigenblatt für sich in Anspruch nimmt, sondern sich gegenwärtig hält, daß sie ihm die größte persönliche Zurückhaltung zur Pflicht macht. Welchen anderen Inhalt hat die Einrichtung der Ministerverantwortlichkeit, als den, daß die politischen Entscheidungen von den Lebenden Staatsmännern, nicht vom Monarchen selbst zu treffen sind? Die Ministerverantwortlichkeit ist eine Unwahrheit, wenn sie zur Verschleiierung anders gearteter tatsächlicher Verhältnisse dient. Wirklich stark ist der Monarch, der nicht in den Tageslämpfen Partei ergreift. Und am stärksten ist der Monarch, der, wenn der von ihm geleitete Staat eine republikanische Verfassung hätte, die Aufsicht haben würde, mit erdrückender Mehrheit zu seinem Präsidenten gewählt zu werden.

In einer Verfassung, wie wir sie erstreben, muß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung überlassen sein. Kann die Berechtigung dieser Forderung deutscher bewiesen werden, als durch die Erfahrungen dieses Krieges? Die Völker brauchen und erheben einen Frieden der Verständigung. Die Staatsmänner lehnen es entweder ab, diesem Ziele nachzugehen, oder sie schlagen ungeeignete Wege zu ihm ein. In einem Parlament, das, wie der Deutsche Reichstag, die Führung auf dem Wege zu einem Frieden ohne Annexionen und finanzielle Bergewaltungen an sich gerissen und das damit bewiesen hat, daß es die Notwendigkeiten der Zeit und der Völker besser verstanden hat, als die Staatsminister, muß eine Mehrheit vorhanden sein, die es ablehnt, die Entscheidung über die wichtige Frage im Leben der Völker bei einigen wenigen Männern zu belassen und es dem deutschen Volke ermöglicht, sie durch seine Vertretung zu treffen.

Aus der Partei.

Die Berliner Stadtverordneten-Fraktion gespalten.
Die sozialdemokratischen Stadtverordneten im Berliner Rathaus beschäftigten sich bisher gemeinsam in der Kommunalpolitik. Das soll nun anders werden. Am 20. d. M. wurde dem Vorsitzenden der Fraktion, Gen. Heimann, durch den Stadtverordneten Dr. Neul mitgeteilt, daß sich die Unabhängigen zu einer selbstständigen Fraktion konstituiert haben. Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu, als Grund für diese Spaltung werde von den Unabhängigen ein Beschluß des Bezirksvorstandes angegeben, nach welchem die Mitglieder der Stadtverordneten, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei stehen, ihre Tätigkeit im Zusammenhange mit den Organisationen dieser Partei ausüben mögen. Dieser Beschluß sei aber nur ein äußerlicher Anlaß gewesen; schon seit langem waren einflussreiche, mit jedem Monat stärker drängende Kräfte am Werke, unter allen Umständen die Spaltung herbeizuführen. In mühevoller Arbeit eines vollen Menschenalters hat die Fraktion eine achtunggebietende Stellung in der Berliner Stadtverwaltung zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung errungen. Wie bisher, so kommt das Kommunalprogramm auch weiterhin die Grundlage für gemeinsame erspriessliche Tätigkeit abgeben. Ohne inneren Grund ist der Bau, an dessen Grundlegung und Errichtung der Genosse Paul Singer in erster Reihe mitgewirkt hat, in Trümmer geschlagen. Da bisheriger Tätigkeit der Unabhängigen stellt diese neue Tat sich würdig zur Seite.

Deutsches Reich.

Bevorstehende Rede des Reichskanzlers über die Friedensziele.
In parlamentarischen Kreisen verlautet, der Reichskanzler werde in seiner Rede am Donnerstag über die deutschen Friedensziele sprechen und besonders die belgische Frage sowie das Problem des Ostens behandeln. Er hofft dadurch, eine weitere Stärkung der Gesamtlage herbeizuführen.
Zum Vorsitzenden der nationalliberalen Partei
wurde an Stelle des verstorbenen Herrn Baffermann der Abg. Dr. Friedberg gewählt.

in der Ausführung noch packend, gab die durch ihre Beherrschung groß wirkenden Bühnenüber, die das Auge von sich ab und auf die Darstellung des Werkes hinleiteten. In dem vollkommen einheitlichen Zusammenwirken der drei Ingenieurmeister lag das Geheimnis des Badener „Rings“. Siebert stützte sich auf Linnebach, Dr. Hagemann auf Siebert und Linnebach, und Krönung des ganzen war unter Jurtwängler der gefanglich-musikalische Teil, der, in der „Götterdämmerung“ solistisch getrieben, doch orchestral gesteigert, geradezu hinreißende Leistungen erbrachte, wie Wahlings Wotan und Wanderer, Fr. Lippes Erda und Waltraute, Fentens Hagen, Frau Windheuser Brünnhilde, Günther-Brands Siegmund, Fr. Manassis Freia und Gutume, Frau Lutschkaus Waldoogel und erste Rheintochter, und der nicht zuletzt als eine erquickliche Belehrung auch der guten übrigen Bühnenkünstler zur Befestigung des gefanglichen Ausdrucks (ohne Einbuße der Charakterisierung) und als eine erfreuliche Unterbrechung des bel canto-Wagnergejangs, hoch einzuschätzen ist.
Die Mannheimer Oper darf mit Stolz auf die Badener Tage zurückblicken, die für Baden und Mannheim Lehren der mannigfachen Art erbracht haben mögen. l. s.

Unterhaltung und Belehrung

Wie sich die Zeiten ändern. Im „Niederer Volksboten“ lesen wir: „Das Sommerfest der Freien Jugend Lübeck's, das Sonntag in der Branerei Zur Wellmühle veranstaltet worden war, hatte einen besseren Besuch verdient. Die Ungunst des Wetters veranlaßte die Abhaltung des Konzerts im Saal. Der schöne große Garten konnte nur von sehr abgehärteten Naturen benutzt werden. Von auswärts war eine Abordnung der Jugendlichen aus Schwerin erschienen. Die Weisen der Schumannskapelle, die ein gutgewähltes Konzertprogramm unter der Leitung des Herrn Bachmeisters Gebert zum Vortrag brachte, wurden lebhaft applaudiert.“

Eine Warnung für die Nationalliberalen

enthält ein Artikel der „Germania“, in dem es u. a. heißt: „Wer sich auch nur einigermaßen ein Bild von der kammenden politischen Entwicklung des Deutschen Reiches macht, der muß sich darüber klar sein, daß die großen Fragen, die nach dem Kriege zu lösen sind, eine Zusammenarbeit gerade derjenigen großen Parteien erfordert, die in ihren Wählerschichten eine ähnlich geartete Zusammenziehung aufweisen, und die in vielen Fragen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art durchaus ungleichen Zielen zustreben. Ein Verhalten, wie es aber von führenden Persönlichkeiten der nationalliberalen Partei und von nationalliberalen Organisationen aus Anlaß der Friedensresolution den Mehrheitsparteien gegenüber an den Tag gelegt wird, könnte allerdings geeignet sein, eine solche Zusammenarbeit für die kommenden Zeiten unmöglich zu machen. Dies ruhig auszusprechen, haben wir gerade jetzt für unsere Pflicht erachtet, wo die deutsche Antwort an den Heiligen Vater die deutsche auswärtige Politik in einer bestimmten Linie endgültig festlegt und damit die Möglichkeit besteht, die Gegenätze, wenn nicht zum Schweigen zu bringen, so doch mehr und mehr zu mildern.“

Mitdeutsch Frauen vor die Front!

Da das Häuflein der Mitdeutschen gar zu klein ist, rufen sie jetzt die Frauen auf, Vorparadien zu leisten. In einem Aufruf an die Frauen und Jungfrauen aller Stände, der in der thüringischen Provinzpresse veröffentlicht wird, heißt es: Wir sind gewillt, bis zum kraftvollen deutschen Frieden, einem Hindenburg-Frieden, auszubarren, und protestieren in diesem Sinne energig gegen jede systematische Schwächung unseres Volksbewußtseins und unseres deutschen Stolzes. — Der unterzeichnete Vorstand des Nationalen Frauenbundes fordert auf, sich diesem Protest durch Unterschrift anzuschließen!
Der Aufruf liegt in sämtlichen thüringischen Städten auf und soll als erster Gruß der thüringischen Frauen dem künftigen Ehrenbürger sämtlicher thüringischen Städte, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, zu seinem Geburtstag am 2. Oktober überliefert werden.“

Baden.

Gott und Papst als Friedensmacher.
Es ist längst bekannt, daß die Gottesgelehrten der protestantischen Kirche die Friedensvorschlüsse des Papstes mit schielen Augen betrachten. Ganz drastisch brachte dies auch der evangelische Pfarrer S a u h aus Spöck in einem gedruckten Feldpostbrief, den er an alle Eingezogenen seiner Pfarrei sandte, zum Ausdruck. Man liest da neben örtlichen Mittellungen, daß der Ladafruchtig steht und die Spöcker Landwirte viele Tausende Zentner Frühkartoffeln nach Karlsruhe geliefert und dafür ein schönes Stück Geld eingenommen hätten, folgendes: „Der Papst in Rom hat jetzt seine zarten Priesterhände ausgestreckt, um den Frieden zuwegzuzimmern, bei dem es keine Besieger und keine Besiegten geben soll; aber wir erhoffen einen guten Frieden von Gott, nicht einen schlechten internationalen vom Papst.“
Es sind gewiß nicht nur Zentrumsanhänger, die sich für den Papstfrieden eher erwärmen, als für den deutschen Frieden des Herrn Hauß. Daß Gott und der Papst in diesem Punkte verschieden einzuschätzen seien, diese Entdeckung blieb erst einem Geistlichen vorbehalten; einen Laien hätte man ohne weiteres der Gotteslästerung gezeiht.

Die große Zeit

Einer Kriegsfrau, welche im Gemeindefeld von Waldkirch bei Freiburg i. B. Holz gesammelt hat, wurde ein Strafbefehl mit folgendem Text zugestellt: „Frau Klara Garter hat am 13. Juni 1917 aus dem Gemeindefeld Waldkirch aus Abt. I 23 eine Traglast dritter Lannenäste im Werte von 10 J entwendet. Die Strafe lautet auf 1 M, eventl. einen Tag Gefängnis.“
Der Mann der Verstraften steht seit drei Jahren im Felde; sie selbst hat vier kleine Kinder über Wasser zu halten. Mehrfache Strafbefehle sollen in größerer Anzahl ausgestellt worden sein. Unsere Bureaucratie versteht diese Zeit der Holz- und Kohlennot wirklich großzügig für den Fiskus auszunutzen.

Bruchsal, 24. Sept. Das 5 Jahre alte Söhnchen des Otto Steiner erkrankt beim Spielen auf dem Anwesen seines Vaters, durch das der Saibach fließt. — Der hiesigen Polizei ist es gelungen, zwei längst gesuchte Diebe, den 23jährigen Mochus Emmenrich von Tiefenbach und den 23jährigen Baptist Erber aus St. AboId zu verhaften. Beide haben zahlreiche Einbruchsdiebstahls auf dem Gewissen. Von den gestohlenen Waren und Gelddeträgen wurde Rambofates bei den Hausdurchsuchungen gefunden.

Rußheim, 24. Sept. In der am Sonntag Nachmittag veranstalteten vaterländischen Versammlung begrüßte Herr Bürgermeister Eiser die so zahlreich erschienenen Männer und Frauen, daß der geräumige Gemeindefaal nicht ausreichte. Der aus früheren Veranstaltungen hier bestbekannte Herr Bezirksrat G e s t aus Karlsruhe hielt hierauf einen Vortrag über die gesamte heutige Kriegslage Deutschlands und seiner Feinde, mit Berücksichtigung der letzten Ereignisse. Darnach sprach Herr Mediziner D e e s aus Karlsruhe über seine Erlebnisse und Erfahrungen an der Front und verband mit seinen inhaltvollen Ausführungen eine Darlegung der neuesten Geschehnisse. Mit herzlichen Dankesworten für die Herren Medner schloß der Vorsitzende die Versammlung.

oc. Forstheim, 24. Sept. Beim Ueberfahren der Weisse auf dem württembergischen Bahnhof Tümmen-Rühlöcker wurde die 23jährige Postauswärtigerin Josephine Braun von Maichingen von einer Lokomotive erfasst und ihr beide Hüfte abgefahren.

oc. Aßern, 24. Sept. Am gestrigen Tage waren 75 Jahre seit Bestehen der Heil- und Pflegeanstalt Illenau verfloßen. Die Gründung der Anstalt war von dem berühmten Psychiater Koller angeregt worden, der bis zum Jahre 1878 Direktor der Illenau war. Sein Nachfolger war Geh. Rat Dr. Schüle, an dessen Stelle nach seinem Hinscheiden Medizinalrat Dr. Thoma trat.

Theater und Musik.
Die Festspiele in Baden.

Baden, 23. September.
Der Mannheimer „Ring“ in Baden-Baden ist, wie schon gemeldet mit einer in sich gesteigerten Ausführung der „Götterdämmerung“, in der Jurtwängler als musikalischer Leiter eine temperamentvolle Gestaltungskraft offenbarte, zu Ende geführt worden, und das unerkennbare Verhalten des am Vorabend des Rings und bei Siegfried merklich revidierten Kur-Publikums wich hier unter dem Zwang des Gedrucks einer freudigen Begeisterung, die mit zahlreichen Hervorrufen auch von dieser Seite aus in gewissem Sinn dem Festspielcharakter Rechnung trug.

In der Tat war auch dem fähigen Unterfangen, das der Badener „Ring“ darstellte, die Wehe des Festlichen nicht verjagt, denn es befeiligte den Staub einer trägen Tradition, es wirkte belebend, es fesselte selbst bei Episoden, die längst es stagnierend empfunden worden waren, und zeugte endlich, unendlich wohlklingend, von einer grenzenlosen Eingabe aller beteiligten Kräfte an eine Aufgabe, die ohne diese Eingabe unlosbar geblieben wäre. Man mußte, wenngleich jenisch einzelnes noch im Veruch steden geblieben war, wenn schon die Eindrücke gefanglich nicht immer gleich stark blieben, und trotzdem orchestrale die Wiedergabe mancher Partikurteile hart an die Grenze der Leistungsfähigkeit der kleinen Streichorchesterbelegung streifte, man mußte fühlen, daß hier in Baden etwas Nichtalltägliches geleistet wurde. Die Herren Dr. Sagemann, Siebert und Linnebach haben es zuwege gebracht, die Badener Bühne für den „Ring“ zwar nicht als idealen, aber als glaubhaftesten Schauplatz hinzustellen, der sinnvolle Beleuchtungsapparat in seiner Badener Verwendung und Vellendung bedeutete geradezu einen Einwand in die Entwicklungsgeichte der Bühnentechnik, und Siebert vollends, in seinen Absichten eigentlich nur in der Szene mit Siegfrieds Tod nämlich benannt, aber selbst dort

Partei. *)

Verichte an den IV der Tagespartei.

bc. Pirna, 24. Sept. Die Verfertigung der Rührernte von den städtischen Aufbäumen hat 987 M. ergeben. Die Voranschläge wurden zum Teil sehr weit überboten.

bc. Konstanz, 24. Sept. Unter Leitung des Syndikus der Landwirtschaftskammer Konstanz fand in Dabos für deutsche in der Schweiz internierte kriegsgefangene Handwerker die zweite Meisterprüfung statt. Es nahmen daran 43 Kandidaten teil, die sämtlich die Prüfung bestanden haben.

bc. Heidelberg, 24. Sept. Vor einiger Zeit hatten Professoren aus der theologischen Fakultät unserer Universität eine Erklärung zugunsten des humanistischen Gymnasiums veröffentlicht. Jetzt schließen sich dieser Erklärung auch Professoren aus der medizinischen und den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten an und betonen den besonderen Wert des humanistischen Gymnasiums für den künftigen Arzt, Naturforscher und Mathematiker.

bc. Heidelberg, 25. Sept. In Piesfelden wurde das der katholischen Kirchengemeinde gehörende landwirtschaftliche Anwesen durch Feuer völlig zerstört. Der Schaden beträgt 10 000 Mark. — Zu dem Todesprung vom Schloßhain wird noch berichtet, daß es sich dabei um die 33jährige Julie Weil aus Ludwigshafen handelt.

* Keine Schnelligkeitsprämien. Durch die Presse geht die Nachricht, daß für die bis 15. Dezember 1917 gebrachten Kartoffeln Schnelligkeitsprämien und Anfuhrprämien gewährt würden. Dem gegenüber wird in der „Karlsruh. Ztg.“ darauf hingewiesen, daß solche Schnelligkeitsprämien in Baden nicht gewährt werden, da nach Ansicht des Ministeriums des Innern die für Baden festgesetzten Höchstpreise für Speisekartoffeln im Vergleich zu der günstigen Kartoffelernte durchaus ausreichend erscheinen, sodaß eine Erhöhung derselben durch Schnelligkeitsprämien und Anfuhrprämien mit Rücksicht auf die Verbraucher nicht vertretbar ist.

Die Schule für die 7. Kriegsanleihe.

Das Unterrichtsministerium hat in einem Erlasse an die Schulbehörden und Lehrer aller Schulen angeregt, daß auch für die siebente Kriegsanleihe Schuljammelezeichnungen veranstaltet werden, und zwar sowohl zur Erfassung der kleinen Beträge unter 100 M als auch zur Gewinnung von solchen von 100 M oder einem vielfachen davon. Für die Beträge unter 100 M bringt die Reichsbank durch Vermittlung der Sparkassen und Genossenschaften Anteilsscheine über 50, 20, 10 und 5 M zur Ausgabe. Einzelne dieser Institute werden voraussichtlich auf ihren Namen auch kleinere Anteilsscheine ausgeben. Diese Einrichtung muß auch für die Schuljammelezeichnungen benutzt werden. Für die Beträge von 100 M oder einem vielfachen davon ist nach den allgemeinen Bestimmungen zugunsten der Einzahler Kriegsanleihe zu zeichnen. Das Ministerium empfiehlt, für den Erfolg der Anleihe zu wirken. Ein irgendwie gearteter Zwang auf die Schüler darf selbstverständlich nicht stattfinden. Auch Vorschläge in Form freier Tage dürfen für die selbstverständliche Erfüllung der Pflicht, dem Vaterland in der Not zu helfen, nicht in Aussicht gestellt werden.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 25. Sept.

Opfertag. Der Großherzog hat die Verleihung einer Medaille anläßlich des Opfertages für die Kriegsgefallenen und das Tragen derselben am 28. September genehmigt. Diese Erinnerungsmedaillen sind in allen Sammelstellen des Roten Kreuzes zum Mindestbetrag von 3 M käuflich. Die Sammler und Sammlerinnen des Roten Kreuzes sind angewiesen, Leute, die am Opfertag diese Medaillen tragen, nicht erneut um Gaben anzugehen.

Fractionsitzung. Am Freitag abend 1/8 Uhr findet im kleinen Rathsaussaal Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des Bürgerausschusses statt.

Wem gehört das Geld? Auf den badischen Bahnen und auf den badischen Bahnhöfen sind in der letzten Zeit u. a. folgende Geldbeträge gefunden worden: am 4. August in Bruchsal 88,22 M.; am 20. August in Heidelberg 10 M.; am 21. August im Zug 124 ein Geldbeutel mit 15,34 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 22. August im Zug 1328 ein Geldbeutel mit 17,83 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 23. August in Bruchsal 17,91 M.; am 24. August in Rastatt 25 M.; am 25. August im Zug 6069 ein Geldbeutel mit 14,56 M., abgeliefert in Heidelberg.

Für die 7. Kriegsanleihe zeichnete der Kreisausschuß Karlsruhe den Betrag von 130 000 M.

Die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Brezhefabrikation vorm. G. Sinner, Karlsruhe-Gründwintel zeichnet wiederum einen Betrag von 1 1/2 Millionen Mark. Gesamtzeichnungen der 1. bis 6. Kriegsanleihe 7 500 000 M.

Die Schneider-Zwangs-Innung Karlsruhe (Zentral-Verteilungsstelle für Militärarbeiten) sendet uns mit Bezug auf den

Artikel in der Dienstag-Kummer vom 18. d. M. „Die Prozedere der Obermeister der Schneider-Zwangs-Innung“ folgende Erwiderung:

1. Die Behauptung, daß die Schneider-Innung bis 1. Januar 1917 über 6 Millionen Mark umsetzte, ist unrichtig. 2. Der Obermeister Martin Groh hat am 27. März 1916 in Dresden nicht gesagt, daß über 4 Millionen bis dato umgesetzt wurden, sondern wörtlich: „über 1 Million“. Daß den Verteilungsstellen 5 Prozent des Umsatzes zugewilligt wurde, ist richtig; aber davon müssen dieselben sämtliche Geschäftskosten begleichen. Keine Verteilungsstelle ist uns bekannt, die billiger arbeiten könnte; alle arbeiten höher. Im übrigen ist die Verteilung seit 1. Januar 1917 zentralisiert und die betr. Leiter werden mit monatlichen Gehältern bezahlt.

Unser Berichterstatter wird hierauf wohl erwidern. Für heute möchten wir nur bemerken, daß sich derselbe die hohen Ziffern über den bisherigen Umsatz wohl nicht aus den Fingern gesaugt hat. In dem Berichte über den außerordentlichen deutschen Schnebertag zu Dresden in der uns vorliegenden „Allgem. Schneider-Zeitung“ Nr. 19 vom 1. Oktober 1916 heißt es wörtlich:

Herr Groh-Karlsruhe: ...

Wir in einer der ältesten, süddeutschen Zwangs-Innungen, die dem deutschen Schneiderverband angeschlossen ist, wir haben die Militärlieferungen nicht außer acht gelassen. Wir haben uns schon jahrelang vorher in Friedenszeiten darum gekümmert, und wir haben tatsächlich ein Resultat erzielt, wie es kaum anderswo erzielt worden sein wird. Wir haben uns den Kriegskleiderarbeiten unentbehrlich gemacht. Wir sind bei den Kriegskleiderarbeiten mehrmals vorstellig geworden vor Ausbruch des Krieges. Das Kriegskleideramt ist uns demnach entgegengekommen, daß es uns die Kleidermeister zur Verfügung gestellt hat, und ich werde Ihnen erzählen, was alles schon gemacht worden ist. Meine Herren! Unsere Innung von 125 Mitgliedern hat schon für 4 Millionen und darüber Heereslieferungen gehabt. Alle Karlsruher Schneidermeister, auch die kleinsten Schneidermeister, sind in der Lage, dem Vaterland den Tribut zu zahlen, der ihm gebührt. Die kleinsten Schneidermeister sind in der Lage gewesen, ihr Geld und den Verdienst in der 1., 2., 3. und 4. Kriegsanleihe dem Vaterland wieder zur Verfügung zu stellen.

Wenn also auf einmal die Sache mit dem 4-Millionen-Umsatz nicht wahr sein soll, so mag die Schneider-Zwangs-Innung an die „Allg. Schneider-Ztg.“ ihre Verichtigung geben und nicht an uns. Da bis jetzt eine solche Verichtigung nicht erfolgte, so muß vorerst angenommen werden, daß die angegebene Ziffer den Tatsachen entspricht. Im übrigen macht die Verichtigung einen sehr guten Eindruck. Vor allem muß auffallen, daß kein Wort darüber entgegnet wird, warum bis jetzt keine Abrechnung erfolgte. Das ist es, was die Deffenlichkeit und die Behörden am meisten interessieren dürfte.

Vaterländische Feier. Zu der heute Dienstag, 25. Sept. im neuen Konzerthaus stattfindenden künstlerischen Veranstaltung „Die Befreiungskriege“ wird nochmals darauf hingewiesen, daß es sich hierbei um eine Darbietung handelt, die ein hoher Genuß und eine wahre Erhebung für alle Zuhörer zu werden verspricht. Namen wie Pittner, Baumbach, Stürmer, Lucas haben für jeden Karlsruher einen guten Klang, und auch das aufgestellte Programm weist Nummern auf, die für jeden Kunstfreund von großem Interesse sein dürften.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Vom besten Wetter begünstigt, fand am Sonntag, 23. Sept., auf der Kalmit (Pfalz) eine Zusammenkunft der „Naturfreunde“ statt. Vertreten waren die Ortsgruppen Mannheim, Frankfurt, Speyer, Kaiserslautern, Neustadt, Karlsruhe. Es mochten etwa 300 Personen daran teilgenommen haben. Das Gelübnis, sich zueinander zu halten, wurde wieder erneuert und derjenige gebittet, die fern der Heimat ein noch schärferer Kampf bestehen. Der Rückweg wurde durch das schöne Kalkenbrunner Tal genommen.

Selbstmord. Gestern vormittag hat sich ein Mann an einem Baum auf dem freien Felde zwischen Gartenstadt und dem Walde aus unbekanntem Grundselbst erhängt.

Unfall. Bei der Ausfahrt aus dem städtischen Krankenhaus stieß am 21. i. M. nach ein Eisfuhrwerk auf der Mollkestraße mit einem Straßenbahnwagen der Linie 8 zusammen. Dabei wurde der Eiswagen zertrümmert und das Pferd darauf beschädigt, daß es sofort getötet werden mußte. Der Fuhrmann wurde vom Rad geschleudert und schwer verletzt. Er erlitt einen Schädel- und Rippenbruch und fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Letzte Nachrichten.

Unsere erfolgreichen U-Bootskommandanten.

Berlin, 25. Sept. (Amtlich.) Zu dem Erfolg des U-Bootskrieges im Monat August von 808 000 BRZ verlorener Handelschiffe haben in hervorragender Weise beigetragen: Kapitänleutnant Rose, Gerlach, Diedmann, R. und R. Linienchiffleutnant Ritter von Trapp, Kapitänleutnant Marschall, Wischeg, Meufel, Oberleutnant zur See Salzwedel, Loß, Sowaldt, von Seydebreck.

Weitere 23 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 25. Sept. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 23 000 BRZ versenkt. Unter den versenkten Schiffen befinden sich der bewaffnete englische Dampfer „Teerleß“ (3112 Tonnen), Ladung Kupfererz und Stork, das französische Biermahlwerk „Tarapoca“ (2506 Tonnen) mit Salpeter, sowie ein unbekannter Landdampfer, der durch zwei Berstörer gesichert war.

Der Chef des Admiralstabs der Marine. Gegenfrage bei der Entente.

Berlin, 25. Sept. Wie verschiedene Morgenblätter berichten, sei nach dem Fall Ribots keine Einigkeit mehr über die Antwortnote der Entente an den Papst mit England zu erzielen, weil Poincaré eine Umarbeitung fordere, sodaß beide Länder vorläufig keine Antwort geben wollten.

Englands Bedauern.

Kopenhagen, 25. Sept. (Niklaus Bureau.) Das Ministerium des Äußern hat von der Gesandtschaft in London die telegraphische Meldung erhalten, daß dieser wegen der Verletzung der dänischen Neutralität bei Herregaard (Kornriff) am 1. September von der britischen Regierung eine Note zugegangen ist, in der diese ihr aufrichtiges Bedauern ausdrückt und Schadenersatz für den möglicherweise angerichteten Schaden anbietet.

America und die deutsche Antwort auf die Papstnote.

Washington, 25. Sept. Das Staatsdepartement läßt deutlich erkennen, daß die Antwort der Mittelmächte keinen Anlaß gebe zu irgendwelcher Aenderung in den Absichten und Zielen Amerikas oder seiner Kriegführung oder zum schließlichen friedlichen Ausgleich.

Friedensgerichte in Petersburg.

Amsterdam, 25. Sept. Harold William meldet dem „Daily Chronicle“ aus Petersburg, die Hauptstadt sei voll von Friedensgerichten. Gorki habe in seinem Organ geschrieben, die internationalen Banditen merkten das erschöpfte Ausland mit unerhörter Unverschämtheit.

Die Feuerung in Petersburg.

Christiana, 25. Sept. In „Verdensgang“ erzählt ein aus Petersburg zurückgekehrter norwegischer Geschäftsmann, dessen Name das Blatt nennt, nur die Lebensmittelknappheit habe ihn und viele andere Norweger aus Russland getrieben. Die Lebensmittelpreise seien entsetzlich hoch. Ein Glas Milch koste 1 1/2 norwegische Mark, eine Flasche Kaffee 120 M. Die Zustände seien unbeschreiblich. Es gebe keine Ordnungspolizei. Am Abend sei überall die größte Gefahr für Leben und Eigentum. Die Petersburger Garnison sei bis auf die Offiziere völlig demoralisiert. Die einzige Truppe, die energiereich sei, das weibliche Todesbataillon.

Feuersbrunst.

Lemba, 25. Sept. Dieigenen Wälder zufolge hat in Borislaw eine Feuersbrunst mehr als hundert Wohnhäuser eingeäschert. Pakreidefamilien sind obdachlos. Der Schaden wird auf zehn Millionen Kronen geschätzt. Militär gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Berantworflich für Politik, Kriegsangelegenheiten und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den literarischen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Am 20. September 1917 ist eine Bekanntmachung W. I. 1402/8, 17. R.R.N. — betreffend Ausführungsbestimmungen gemäß § 12 der Bekanntmachung Nr. W. I. 1771/5, 17. R.R.N. vom 1. Juli 1917 —, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schiffschur und des Wollgefäßes bei den deutschen Gerbereien, in Kraft getreten. Danach erhalten Schiffschur, welche ihren gesamten Anfall an Wolle von eigenen Schafen entsprechend den Beschlagnahmebestimmungen zur Ablieferung gebracht haben, auf Antrag jeweils einmal im Jahre von der Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft, Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 3, gutes Stridgarn zum Preise von 6 M. für das Pfund gegen Nachnahme des Verkaufspreises geliefert. Die Menge des zu liefernden Stridgarns ist nach dem Bestand an Schafen abgemessen. Anträge auf Lieferung des Garnes werden von der zuständigen Ortspolizeibehörde schriftlich oder mündlich entgegengenommen und sind von ihr auf Sammelvordrucken nach Prüfung und Nichtigbefund an die zuständigen Kriegsamstellen einzureichen.

Die Anträge sind von Schiffschur entweder auf Garnlieferung für den eigenen Gebrauch oder auf Lieferung für ihre Angehörigen zu richten. In letzterem Falle jedoch nur, falls die Angehörigen selbst Besitzer von Schafen sind oder aus dem Dienstverhältnis einen Anspruch auf Wolllieferung an den Schaffalter haben. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeistern, Kammern und Polizeibehörden einzusehen.

Bekanntmachung.

Hierdurch beehre ich mich, die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Sitzung auf

Montag, den 1. Oktober 1917, nachm. 4 1/2 Uhr in den großen Rathsaussaal einzuladen.

Tagesordnung.

- 1. Ankauf von Gelände im Gemarkung Unterwiesen und Verkauf eines Grundstücks in Veitheim (29).
2. Beschaffung von Kastenpflügen für die Karlsruher Lokalbahnen (29).
3. Errichtung zweier Professorenstellen an den Realgymnasien (30).
4. Erstellung von Absonderungsbaracken beim städtischen Krankenhaus (31).
5. Beschaffung von Handwagen zur Beförderung von Massengütern (32).
6. Beschaffung von Güterwagen für die städtische Straßenbahn (33).
7. Nachforderung für die Stadtdigarten-Neubauten (34).
8. Zeichnung von Kriegsanleihe (35).
9. Bildung von Betriebsräten für die Beschaffung von Lebensmitteln, Brennstoffen und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs (36).

Karlsruhe, den 24. September 1917. 1066 Der Oberbürgermeister.

Wir suchen für das hiesige Gaswerk zum sofortigen Eintritt eine Anzahl

Gelderheber und Gasmesserauffüller.

Tüchtige zuverlässige Leute wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen sofort bei uns melden. 1065

Städt. Arbeitsamt. Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe. Zähringerstraße 100, III.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Gudrun, v. Otto Pieler, Dr. med., Dr. Tierarz. Siegfried Otto, v. Karl Leop. Jäger, Maschinist. Barbara, v. Jakob Schöberl, Fabrikarbeiter. Adolf Josef, v. Josef Braun, Landwirt. Emil Helmut Elmar, v. Hans Keller, Leutnant d. R. Adolf Emil, v. Adolf Kraut, Kol.-Feitzer. Leo, v. Jul. Haas,

Kaufmann. Erna, v. Friedrich Weis, Bankbeamter. Heinz Theodor, v. Theodor Schmitt, Kraftwagenführer. Effriede, v. Friedrich Kalkbrenner, Schlosser. — Frieda Christina, v. Karl Meyer, Landwirt. Gretchen, v. Johann Rych, Maler. Gertrud Irma, v. Fr. Gutgefell, Bahnarbeiter. Lieselotte Jürgard, v. Desiderius Bach, Landwirt. Maria Luise, v. + Wilh. Bühner, Wagenführer. Lieselotte Friedhilde, v. Wilh. Jidwof, Glaser. Eva, v. Albert Schilling, Betriebsleiter. Hermann Wilhelm, v. Hermann Jüttcher, Rader. Erna Luise, v. Friedrich Müller, Elektrotechniker. Leonie Frieda Maria, v. Wilh. Schmitt, Postkell. Emilie Elsa, v. Gg. Freierich Kaufmann. Alfons Alois, v. Alois Finken, Mechaniker. Lisa Emma, v. Wilh. Schöble, Fabrikarbeiter. Wilhelm, v. Albert Schmidt, Landwirt.

Heiratgedote. Franz Heßler von Mingsheim, Maschinistenarbeiter hier, mit Marie Klein von Bruchsal. Ernst Ruhn von Balbitadt, Kaufmann hier, mit Rosalie Meyer von Gernsbach. Gg. Peter von Dilsberg, Schumacher hier, mit Rosa Sipp von Schwemlingen. Karl Rudolf von Westerbürg, Buchbindermeister hier, mit Emma Hüß von Singheim.

Todesfälle. Paula Voll, alt 18 J., ohne Beruf, ledig. Berthold Trüb, Schreiner, ledig, alt 63 J. Emma Witt, alt 55 J. Witwe von Guqo Witt, Handschuhfabrikant. Johann Stiehl, Steinhauer, ledig, alt 25 J. Marg. Jod, alt 67 J., Ehefrau von Karl Jod, Maler. Stefan Landmann, Schuldiener a. D., Chemiker, alt 81 J. Karl Stiebel, Kaffeeinhaber, Wittwer, alt 39 J.

Gedenket der Kriegsgefangenen!

Bekanntmachung

über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, betreffend die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes vom 19. Juli 1917 und der W.-D. Groß. Ministeriums des Innern vom 30. Juli ds. Js., die Brennstoffversorgung betreffend, wird folgendes bestimmt:

- Im Sinne dieser Bestimmungen gelten:
 - Als „**Haushaltungen**“: alle Verbrauchsstellen von Hausbrand, somit außer den Privathaushaltungen, alle Behörden, Krankenhäuser und sonstige Anstalten, Lazarette (soweit sie nicht von der Militärverwaltung versorgt werden), Schulen, Kirchen, Theater, ferner Banken, Büros, Kontore, Pensionen, Werkstätten, Arbeitsräume (soweit deren Bedarf an Hausbrand nicht aus dem für die Industrie oder das Kleingewerbe bestimmten Brennstoff gedeckt wird);
 - Als „**Landwirtschaft**“: die landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenbetriebe (soweit sich ihr Bedarf nicht auf Hausbrand im Sinne von Ziffer a) beschränkt) einschließlich der Dreschmaschinen, Molkereien, Schmieden für landwirtschaftliche Geräte;
 - Als „**Kleingewerbe**“: die Bäckereien, Metzgereien, Gast- und Schankwirtschaften, Babasialien, Bäckereien und ähnliche dem täglichen Bedarf der Bevölkerung dienenden Betriebe ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Bedarfs an Brennstoffen, ferner sämtliche übrigen gewerblichen und industriellen Betriebe mit einem durchschnittlichen Verbrauch von weniger als 10 Tonnen Brennstoff im Monat.

Den Privathaushaltungen wird als Jahresbedarf an Hausbrand folgende regelmäßig zugebilligt:

- für die Küche 25 bis zu 40 Zentner Kohlen;
- zur Zimmerheizung für Wohnungen ohne Zentralheizung der notwendige Bedarf an Kohlen oder Stoks für die Heizung von einem höchstens zwei Zimmern; für Wohnungen mit Zentralheizung, die nicht durch Ofenheizung ersetzt werden kann, der zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Zentralheizung unbedingt notwendige Bedarf an Stoks.

Nach Maßgabe dieser Vorschriften legt das städtische Kohlenamt — Ortskohlenstelle — den Jahresbedarf der einzelnen Haushaltungen unter Berücksichtigung der Zahl der Zimmer, welche notwendigerweise geheizt werden müssen, und der zum Haushalt gehörenden Personen, sowie der sonstigen besonderen Verhältnisse der Wohnung oder Haushaltung durch Einteilung in Bedarfsgruppen fest.

Den Jahresbedarf der übrigen Haushaltungen (Behörden, Anstalten usw.) sowie der Landwirtschaft und des Kleingewerbes legt das Kohlenamt — Ortskohlenstelle — nach Maßgabe des tatsächlichen Bedürfnisses im einzelnen Falle fest.

Zu Zweifelsfällen, sowie über Anträge auf ausnahmsweise Befreiung in Fällen besonderen Bedürfnisses entscheidet der vom Stadtrat bei der Ortskohlenstelle für die Brennstoffversorgung eingesetzte Ausschuss.

Ueber Beschwerden gegen den Ausschuss entscheidet der Stadtrat.

Die hiernach festgesetzte Bedarfsmenge wird auf Anordnung des Kohlenamts in der Kundenliste der Kohlenverkaufsstelle vermerkt. Ein Anspruch auf Lieferung der zugebilligten Jahresmenge besteht nicht. Für den Fall, daß die den Kommunalverband für Hausbrandzwecke in Aussicht gestellte Kohlenmenge nicht voll geliefert wird, bleibt die gleichmäßige Rürzung aller Verbraucher vorbehalten.

Für die Privathaushaltungen macht das Kohlenamt bekannt, welche Menge Kohlen oder Stoks innerhalb eines Lieferungszeitraums abgegeben werden darf. Niemand darf auf einmal mehr Kohlen und Stoks als diese Menge beziehen. Privathaushaltungen, welche bereits mit einem Teil des ihnen zustehenden Jahresbedarfs versorgt sind, dürfen einen weiteren Teil erst dann beziehen, wenn die Lieferung weiterer Mengen auch für die übrigen bisher nicht versorgten Verbraucher in der gleichen Bedarfsgruppe zugelassen ist.

Die unter Ziffer 1 fallenden Verbraucher (Haushaltungen, Landwirtschaft und Kleingewerbe) dürfen Kohlen und Stoks nur beziehen, wenn sie im Besitz einer gültigen Brennstoffkarte sind. Die Brennstoffkarte ist nur gültig, wenn sie den Stempel-Ausdruck des städt. Kohlenamts trägt. Die bisher ausgeteilten „Kohlenausweisarten“ behalten vorläufig ihre Gültigkeit, sind jedoch bis spätestens zum 1. November d. J. durch Vermittlung der Kohlenverkaufsstelle, bei welcher der Verbraucher eingetragen ist, zwecks Ausstellung einer neuen Brennstoffkarte zurückzugeben. Die Vermerke auf der bisherigen Kohlenausweisarten über Monats- und Jahreshöchstmengen haben keine Gültigkeit mehr.

Die unter Ziffer 1 fallenden Verbraucher dürfen Kohlen und Stoks ausschließlich durch die Kohlenverkaufsstelle beziehen, bei welcher sie als Kunden eingetragen sind. Die Kohlenverkaufsstellen dürfen Kohlen und Stoks ausschließlich an die in ihrer Kundenliste eingetragenen Verbraucher und

nur gegen Vorlage der Brennstoffkarte abgeben. Sie haben jede abgegebene Menge in der Brennstoffkarte ihrer Kunden zu vermerken.

Die Kohlenverkaufsstellen sind verpflichtet, von jeder Sendung Kohlen oder Stoks, die sie für die Versorgung der Haushaltungen der Landwirtschaft und des Kleingewerbes empfangen haben, dem Kohlenamt unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Sie haben ferner über jede Menge, die sie den Verbrauchern abgegeben haben, in ihrer Kundenliste Vermerke zu treffen, und eine Zusammenstellung über die abgegebenen Mengen dem Kohlenamt allwöchentlich auf vorgeschriebenem Vordruck einzureichen.

Die vorstehend für die Kohlenverkaufsstellen getroffenen Bestimmungen gelten in gleicher Weise wie für die bekannt gegebenen Kohlenhändler auch für die Genossenschaften hinsichtlich der Kohlenversorgung ihrer Mitglieder, sowie für die Betriebe, die Einrichtungen zur Versorgung der eigenen Arbeiter und Angestellten mit Hausbrand getroffen haben.

Versorgung mit Brennholz

Wer von einem hiesigen Geschäft Brennholz für den Hausbrand beziehen will, muß im Besitze einer gültigen Brennstoffkarte (Ziffer 4) sein. Die Verkäufer von Brennholz dürfen solches nur an die Inhaber einer Brennstoffkarte abgeben und haben über die Abgabe genaue Listen zu führen. Sie haben die abgegebenen Mengen in ihren Abgabelisten und auf der Brennstoffkarte zu vermerken.

Die Festsetzung einer Höchstmenge an Brennholz, welche als Jahresbedarf an eine Haushaltung abgegeben werden darf, bleibt vorbehalten. Wird eine solche Festsetzung getroffen, so findet die Vorschrift in Ziffer 3 dieser Bekanntmachung auf den Bezug von Brennholz entsprechende Anwendung.

Strafbestimmung

Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 19. Juli ds. Js. mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Rücksicht, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Karlsruhe, den 20. September 1917. 1062

Der Stadtrat.

Bekanntmachung

Die Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Messing, Tombak, Rotguß und Bronze können bei der städt. Metallannahmestelle Karlstraße 30 abgeliefert werden aus den Straßen:

- Weinweg bis einschl. Werkstraße am 25. und 26. September;
- aus allen übrigen Straßen am 27. bis 29. September.

Karlsruhe, den 22. September 1917. 1063
Das Bürgermeisteramt.

Bruchsal.

Zum 1. Oktober d. J. wird für den „Volksfreund“ in Bruchsal ein zuverlässiger Austräger oder eine Austrägerin gesucht.

Bewerber wollen sich alsbald bei Herrn S. Reichbach, Reuthorstraße 4, in Bruchsal melden.

Allgemeine Ortskrankenkasse Raftatt-Stadt.

Wir suchen zum 1. Oktober d. J. zur Reinigung unserer sehr geräumigen Geschäftslokalitäten eine durchaus bewanderte Frau, welche auch im Behandeln von Parkettböden und Bitumöbeln Fertigkeiten besitzt.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 3—4 Stunden. Gestl. Offerten wollen umgehend eingereicht werden. Raftatt, den 21. September 1917.

Der Vorstand:
Otto Kraft. 1050

Verkauf von Äpfeln.

Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 8. September 1917 rufen wir hiermit von den ausgegebenen

Anweisungen die Nummern 4201 bis 5700

zur Empfangnahme der bestellten Äpfel auf.

Die Abgabe erfolgt am

Dienstag, den 25. September 1917, von 10—12 Uhr vormittags und von 2—6 Uhr nachmittags, ab

und zwar in folgender Weise:

von 10 bis 11 Uhr	die Nummern 4201 bis 4450
„ 11 bis 12 Uhr	„ 4451 bis 4700
„ 2 bis 3 Uhr	„ 4701 bis 4950
„ 3 bis 4 Uhr	„ 4951 bis 5200
„ 4 bis 5 Uhr	„ 5201 bis 5450
„ 5 bis 6 Uhr	„ 5451 bis 5700

Abgabestelle: Alter Bahnhof, Eingang am Winterdenkmal.

Der Kaufpreis beträgt für 20 Pfund M. 3.—. Der Betrag ist abgezählt bereit zu halten. Körbe oder Säcke zur Aufnahme des Obstes sind mitzubringen.

Karlsruhe, den 24. September 1917. 1056

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Gas- und Strombezug.

Wir erlauben uns, darauf aufmerksam zu machen, daß es bei der außergewöhnlich großen Zahl von Aufträgen, die jeweils auf 1. Oktober 1917 (Umzugstermin) bei uns eintreffen, im Interesse einer rechtzeitigen Erledigung derselben dringend geboten erscheint, daß Anträge auf Aenderungen der Gasleitungen, Aufstellung, Entfernung oder Uebernahme von Gasmessern, Gasautomaten und Elektrizitätszählern möglichst frühzeitig, spätestens aber 3 Tage vor dem Wohnungswechsel, bei uns eingereicht werden. Anträge auf Aenderung von elektrischen Installationen (einschließlich Beleuchtungskörpern) wollen möglichst frühzeitig an die für solche Arbeiten zugelassenen Installationsfirmen gerichtet werden.

Auch sollten die Mieter von Wohnungen sich so bald als möglich davon überzeugen, ob in den zu beziehenden Räumen die Gas- und elektrischen Einrichtungen, so getroffen sind, daß der erforderliche Gasmesser, Mängasmesser oder Elektrizitätszähler jederzeit aufgestellt werden kann.

Es kommt sehr häufig vor, daß bei Aufstellung der Gasmesser der Anschluß im Keller fehlt oder nur teilweise fertiggestellt ist, und daß beim Anschluß des Mängasmessers die erforderlichen Träger nebst Brett nicht vorhanden sind. Da diese Arbeiten unabhängig von der Aufstellung der Gasmesser, bezw. Mängasmesser, jetzt schon ausgeführt werden können, empfiehlt es sich, diesbezügliche Anträge umgehend bei uns einzureichen, damit beim Einzug eine Verzögerung in der Aufstellung der Gasmesser, bezw. Mängasmesser, nicht eintritt. 1027

Direktion

der städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Verhalten bei Gasausströmungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß kein Raum, in welchem es nach Gas riecht, mit brennendem Licht betreten werden darf, gleichgültig, ob im Hause Gas eingerichtet ist oder nicht. Brennende Lichter und Feuerungen sind bei auftretendem Gasgeruch zu löschen. Auch müssen sofort Fenster und Türen geöffnet und dadurch für ausgiebige Lüftung gesorgt werden. Insbesondere darf kein Lokal, in welchem Gasgeruch wahrgenommen wird, zu längerem Aufenthalt für Personen, namentlich zum Schlafen, benützt werden. Sofern sich die Ursache des auftretenden Gasgeruchs nicht sofort erkennen und beseitigen läßt, ist umgehend das Städt. Gaswerk I, Kaiserallee 11, Telefon 5350 (Anschluß auch über das Rathaus), zu benachrichtigen.

Bei Umzügen ist streng darauf zu achten, daß nach Abnahme der Beleuchtungskörper die Decken- und Wanddecken durch eingeschraubte Verschlusskappen oder Stopfen ordnungsgemäß verschlossen werden. Der Verschluss mittels Papier- oder Korkstopfen ist unzulässig und gefährlich, weshalb wir dringend hierauf warnen.

Karlsruhe, den 19. September 1917. 1058

Direktion der städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Lagerarbeiter gesucht!

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einige Arbeiter oder Arbeiterinnen für Lagerarbeiten in der Werkhalle III am Rheinhafen. 1057

Meldungen im Büro der Werkhalle III am Rheinhafen.

Opfertag: Freitag den 28. September.

Für meine Leihanstalt
 suche ich gut erhaltene
Flügel u. Pianinos
 zu kaufen und erbitte An-
 gebote. 406
Ludwig Schweisgut
 Hoflief., Karlsruhe
 Erbprinzenstraße 4.

Um ein Magazin zu räumen,
 verkaufe ich sehr billig: eiserne
 Bettstelle, polierte Bettstelle,
 Bettstelle mit Koff. ganze kompl.
 Betten, Stühle, Hocker, Kinder-
 blisset, Küchenschiff, Nachttische,
 Waschtische, Waschkommode mit
 Marmor, ein- und zweiflügelige
 Schränke, polierte Chiffonniere,
 Pfeilerkommode, Kommode mit
 Schubladen, Plamm. Gasherd
 mit Unterlag, Plamm. Gasluster,
 Kinderbettstelle, kompl. Kinder-
 bett mit Hochbaaren, Nähmaschine,
 Kleiderständer und sonst versch.
 Krümer, An- und Verkauf
**Kaiserstraße 69, Ecke Wald-
 hornstraße. 1055**

Stumpfe Feilen
 haut wieder auf
Feilenhauerei
 Otto Lohse,
 Karlsruhe - Weiertheim,
 Breitestr. Nr. 74.

Alle
Druck-Arbeiten
 liefert rasch
 und billig
Druckerei Volksfreund
 Luisenstrasse 24
 Teleph. 128.

Daniels Konfektionshaus
 Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
PELZE
 Plüsch - Garnituren
 in großer Auswahl.
 Kriegsangeh. Ausnahmepreise.

Junge Mädchen
 im Alter von 14 Jahren
 an, finden Beschäftigung bei
F. Wolff & Sohn
 G. m. b. H. 851
 Durlacher Allee 31/33

Am 28. September 1917

am zehnjährigen Todestag des verewigten Großherzog Friedrich I.
 soll eine

Landesammlung für die Kriegs- und Zivil- gefangenen aus dem Großherzogtum Baden

stattfinden. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel sind fast erschöpft.
 Es gilt den Organisationen des Landes, dem Landesauschuß der Badischen
 Gefangenenfürsorge wie auch denjenigen Orts- und Bezirksauschüssen vom
 Roten Kreuz, welche für die Gefangenen aus ihren Bezirken selbständig sorgen,
 neue Mittel zur Verfügung zu stellen, die den Bedürfnissen genügen. Auch
 fernerhin sollen die Bedürftigen aus dem Lande, denen die Familien nicht zu
 helfen imstande sind, den Arm und das Herz der Heimat fühlen. Vor 10 Jahren
 sahen die Aelteren unter uns an diesem Tage dankbar auf lange glückliche
 Friedensjahre zurück und gaben ihrer Trauer um den allverehrten Landes-
 herrn Ausdruck. Nicht besser kann das Land an diesem Tage das Andenken
 an Großherzog Friedrich I. ehren als dadurch, daß es den Volksgenossen,
 die für uns kämpften und um unseretwillen leiden, Treue um Treue hält und
 ihnen die Treue in treuer Opferwilligkeit bewährt.

Ehrenvorsitzender des Landesvereins vom Roten Kreuz
 Prinz Max von Baden.

Territorialdelegierter der freiwilligen Krankenpflege
 Freiherr von und zu Bodman.

Der Stellvertretende Kommandierende General des XIV. Armeekorps
 Generalleutnant Jäbert.

für das Erzbischöfliche Ordinariat für den Evangelischen Oberkirchenrat
 Erzbischof Dr. Thomas Rörber. Dr. Uibel.

für den Oberrat der Israeliten
 Geh. Oberregierungsrat Dr. Mayer.

Erster Vorsitzender des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz
 Generalmajor Limberger.

Der Leiter des Landesauschusses der Badischen Gefangenenfürsorge
 Delegierter Professor Dr. J. Partsch.

für den Caritas-Verband für den Evang. Landesverband für innere Mission
 Prälat Dr. Berthmann. Prälat Dr. Schmittjenner. 1029

Oeffentlicher Vortrag mit Lichtbildern

am Mittwoch, den 26. September, abends 8 Uhr
 im Saal III der Brauerei Schrempf
 (Waldstraße)

Thema:

**Der Zentralheizungsbetrieb
 unter Berücksichtigung des herrschenden
 Rohsmangels.**

Redner: Herr Oberingenieur Kanfer aus Berlin.
 Eintritt frei!

Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke
 H.-G. 1028

Durmersheim.

Wir suchen zum 1. Oktober d. J. eine zuverlässige
 Person zum Austragen unseres Blattes in Durmersheim.
 Angebote wollen alsbald an uns gerichtet werden.
Verlag des „Volksfreund“ Karlsruhe.

Kohlensaure Bäder

aus natürlicher Kohlensäure ohne Essenzen hergestellt
 Mit bestem Erfolg angewendet bei **Nervenerkrankungen,**
Neuralgien, Frauenkrankheiten, Magen- u. Unterleibs-
leiden, Herzaffektionen etc. Vollkommene Gebunden-
 heit der Kohlensäure mit dem **Friedrichsbad**
 Badewasser, kein Geruch! —
 Vorzügliche Wirkung! 212 136 Kaiserstrasse 136

Bauhilfsarbeiter, Zimmerer und Beton-Facharbeiter

angestellt.
 Abfahrtschein, Leumundzeugnis, Personalanweis oder
 Reisepaß und zwei unauflösbare Photographien sind
 mitzubringen.
 Zu melden täglich (mit Ausnahme Sonntags) vormittags
 von 9-12 Uhr, nachmittags von 2-4 Uhr bei

Baufirma H. Reß, Karlsruhe,
 Augartenstraße 6. 624

Gesucht werden:

**Köchinnen für Privat
 Mädchen für alles
 Mädchen zum Anlernen sowie
 Stundenfrauen für häusliche Arbeiten**
 für sofort oder später. 839

**Städt. Arbeitsamt
 Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe**
 Jähringerstr. 100, 3. Stock.

Kinderarzt Dr. Eugen Blattner

ist zurückgekehrt und wohnt jetzt 1984
Westendstrasse 38.
 Sprechstunde: 2-3 Uhr.

Lüchtige Stenotypistinnen

für Kanzleien und Privatgeschäfte werden für sofort
 und später gesucht.

**Städt. Arbeitsamt
 Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe**
 Jähringerstr. 100, 3. Stock.

Maurer Zimmerer und Bauhilfsarbeiter

gesucht.
 Näheres Baugeschäft
Wilhelm Stober, hier
 Müppurestrasse 13. 1089

Daniels Konfektionshaus
 Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
 Mittwoch, den 26. d. M.
 hohen Feiertags wegen
 bis 6 Uhr geschlossen.

Kaufe
 gebr. Möbel, Betten sowie
 ganze Haushaltungen, Wand-
 scheine zu hohen Preisen.
 — Komme ins Haus. —
Arnold Schap
 Jähringer - Straße 38.

Damentaschen
 Nr. 2.75 an.
Daniels Konfektionshaus
 Wilhelmstraße 34, 1 Tr.

Frauenhaare
 infolge dringenden sachlichen Be-
 darfs, sowie auch für Industrie
 und kriegstechnische Zwecke laufe
 zu allerhöchsten Preisen
Oskar Decker
 Friseur und Haargroßhandlung
 Kaiserstr. 32.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer

ihrer Familien
 und ihrer Hinterbliebenen.
 — Neue verbesserte Auflage. —
Preis 40 Pfg.
 Nach auswärts 45 Pfg. in
 Briefmarken.

Das Buchlein gibt Aufklärung
 über:
 Wer hat Anspruch auf Unter-
 stützung? / Wo muß der An-
 spruch erhoben werden? / Die
 Versorgung der Mannschaft.
 Der Anspruch auf Rente. / Be-
 rechnung der Rente. / Der An-
 spruch der Hinterbliebenen.
 Kriegswitwengeld. / Kriegs-
 waiengeld. / An wen sind die
 Anträge zu stellen? / Zusätzliche
 Versicherung von Kriegsteil-
 nehmern und deren Hinter-
 bliebenen.
 Wer sich vor Nachteilen schützen
 will, muß sich das Buch anschaffen.

Parteiliteratur

Zu beziehen durch die
Buchhdlg. Volksfreund
 Luisenstraße 24

Beg
 die

Ar
 zeit
 der
 heid
 vrad
 von
 unob
 wafka
 punkf

g i g
 festzu
 legien
 haben
 hören
 von
 den
 diese
 einen
 zu m
 K
 ma
 in Be
 winnu
 Preß
 stonje
 der
 Bank
 leger
 zeitun
 M

und
 einträ
 fenner
 Musla
 die W
 'ellch
 allen
 schaffe
 B

Krieg
 gan
 Pre
 Der
 Werte
 mens
 haben
 tung
 der
 Der
 der
 tungs
 zusam
 bold
 hielten
 zu ihr

in die
 tungen
 sich an
 um T
 geidär
 sind de
 tätige
 Blät
 Schw
 g r ö h
 a n z u
 der Lo
 schreier
 findet
 Erbo,
 vielme
 rend d
 argenb
 der „M
 will.

den, n
 nicht b
 soziald
 dieser
 der M
 bei ihr
 der M
 für Le